

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/95

22. Mai 1975

Ein Besuch zur rechten Zeit

US-Außenminister Kissinger stellt in Berlin Positionen klar

Von Kurt Mattick MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-
Bundestagesfraktion

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Versteckter Angriff auf Sozialgefüge

CDU-Vorstoß zielt auf zusätzliche Belastung der Ver-
sicherten

Von Dr. Horst Schmidt
Hessischer Sozialminister

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

20 Jahre WEU-Versammlung

Jubiläumssitzung in Bonn mit wichtiger Tagesordnung

Von Klaus Richter MdB
Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats
und stellvertretender Sprecher der deutschen Delegation
in der WEU-Versammlung

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Atempause in Südostasien

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 7 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

6300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 97 - 99
Telex: 06 85 845 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Ein Besuch zur rechten Zeit

US-Außenminister Kissinger stellte in Berlin Positionen klar

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Besuch des amerikanischen Außenministers Kissinger in Bonn und Berlin kam zur rechten Zeit, um klärende Worte zur Berlin-Frage an alle Adressaten zu richten. Das Gerede über Status und Sicherheit Berlins in den letzten Wochen war nicht hilfreich, weil es mehr die Differenzen innerhalb der Bundesrepublik aufzeigt und Verwirrungen stiftet, die niemandem helfen, es sei denn allen Gegnern.

Daher erinnern wir noch einmal an das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971, in dem es u.a. in dem Abschlußdokument heißt: "Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika erklären, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden." In der Anlage II heißt es dann zusätzlich: "Der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundesrat und der Bundestag, einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen, sowie sonstige staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland werden in den Westsektoren Berlins keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen, die in Widerspruch zu Absatz 1 stehen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird in den Westsektoren Berlins bei den Behörden der Drei Regierungen und beim Senat durch eine ständige Verbindungsbehörde vertreten sein."

Dieses schließt wohl unbestreitbar ein, daß auch Minister das Recht haben, in Berlin zu sein, wenn die Bundesregierung selbst eine Verbindungsbehörde in Berlin unterhält. Der sowjetische Botschafter in der DDR, Abramimow, sollte dieses wissen und darauf verzichten, sich an Proteste der DDR-Regierung anzuhängen. Die DDR-Regierung hat im übrigen in allen Jahren ihres Bestehens ein Beispiel dafür gesetzt, wie Einsprüche und Proteste der Drei Westlichen Schutzmächte ihrerseits beurteilt werden, z.B. zu

jeden 1. Mai, wenn sie Militärparaden in Berlin abhält.

Der amerikanische Außenminister Kissinger hat, wie mir scheint zur rechten Zeit, einige Positionen klargestellt. Er sagte u.a.: "Und nunmehr, im Zeitalter nachlassender Konfrontation in Europa, wird das Schicksal Berlins den künftigen Erfolg der Anstrengungen bestimmen, die Sicherheit durch Verhandlungen und durch Kooperation zu gewährleisten. Die Stärke unserer Verpflichtung", so sagte er weiter, "gegenüber dieser Stadt leitet sich deshalb nicht lediglich aus formellen Dokumenten her, sondern erwächst in erster Linie aus unserem Verständnis unserer eigenen objektiven Interessen und der in einem Menschenalter gesammelten gemeinsamen Erfahrungen. Mein Besuch erfolgt nicht in einer Zeit der Krise; er findet vielmehr in einem Augenblick statt, in dem sich diese Stadt größerer Sicherheit erfreut als zu irgend einem Zeitpunkt während der letzten 30 Jahre."

Dies sei denen ins Buch geschrieben, die durch ihre ständige Schwarzmalerei über den jetzigen Stand Berlins der anderen Seite in einem nicht mehr zu verantwortenden Ausmaß in die Hände spielen. Und wir sollten ihnen empfehlen, die Rede des amerikanischen Außenministers mehrmals zu lesen, weil ihre Nüchternheit und ihre sachliche Betrachtung der gegenwärtigen Lage es ihnen vielleicht möglich macht, bei der politischen Entwicklung, die auch der amerikanische Außenminister in diesem Zusammenhang anspricht, einen politisch sachlichen Beitrag zu leisten. In seiner Schilderung über die Entwicklung der letzten Jahre und die Bemühungen der westlichen Regierungen, wie er sagt, "Berlin als einen Streitpunkt in der Konfrontation zwischen Ost und West auszuklammern", kommt er zu der Feststellung, "angesichts der komplexen Geschichte dieser Frage können wir nicht erwarten, daß das Vier-Mächte-Abkommen Tag für Tag reibungslos funktioniert. Niemand im Osten oder Westen kann jedoch die praktischen Vorteile leugnen, die dieses Abkommen und seine Folgevereinbarungen beiden Seiten einbringen." Und er kommt zu dem Schluß: "Nur wenn Berlin gedeiht, wird auch die Detente gedeihen; nur wenn Sie sicher sind, wird Europa sicher sein."

Nüchtern und realistisch hat Kissinger die Lage dargestellt und seine Schlußfolgerungen gezogen. Nüchtern und realistisch hat die deutsche Bundesregierung bis zum heutigen Tage gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und den verbündeten Westmächten Risiko und Chancen genau ausgewogen, um das Bestmögliche für Berlin zu erreichen, zu erhalten und auszubauen. Die Opposition hat in den letzten Jahren auf jede Reibung im Ost-West-Verhältnis mit Emotionen, Verleumdung und Beschimpfung gegen die Bundesregierung reagiert. Ihr ganzes Bemühen war darauf gerichtet, die Erfolge, nämlich ausgehend von dem Status zuvor, die die Westmächte in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und umgekehrt in den letzten Jahren erreicht haben, in der öffentlichen Meinung in Mißkredit zu bringen, wobei sie jede Nüchternheit und reale Einschätzung der wirklichen Lage souverän beiseite geschoben hat.

(-/22.5.1975/ks/pr)

+ + +

Versteckter Angriff auf Sozialgefüge

CDU-Vorstoß zielt auf zusätzliche Belastung der Versicherten

**Von Dr. Horst Schmidt
Rheinischer Sozialminister**

Die notwendige öffentliche Diskussion über Maßnahmen zur Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen hat in diesen Tagen einen neuen Akzent erhalten, der mir mehr als bedenklich erscheint. Nicht nur von einigen Sprechern auf dem Deutschen Ärztetag in Hamburg, sondern jetzt auch vom rheinland-pfälzischen Sozialminister Dr. Geißler (CDU) kam der Vorschlag, bestimmte Krankheiten aus dem allgemeinen Versicherungsschutz auszunehmen, ihre Behandlung also direkt oder über eine Zusatzversicherung dem Patienten zusätzlich zu berechnen. Als Beispiele werden hier Leiden genannt, die auf übermäßigem Alkohol- oder Nikotingenuß zurückzuführen sind.

So neu diese Vorschläge wirken mögen, so wenig sind sie es. Sowohl maßgebende ärztliche Standsvertreter wie auch Gesundheitspolitiker der Unions-Parteien haben in jüngster Zeit zum Ausdruck gebracht, daß es für sie vor allem zwei Hauptschuldige an der Kostenlawine gibt: einmal den Patienten mit seinen Ansprüchen an unser Gesundheitssystem und zum anderen den sozialen Fortschritt mit zahlreichen Verbesserungen zugunsten der Versicherten. Folgerichtig mußte auch der Hamburger Ärztetag nicht allzuviel Zeit auf die Frage nach dem Anteil der Ärzte an der Kostenentwicklung verwenden. Folgerichtig ist auch, daß bei dieser Betrachtungsweise manche Ärzte und Teile der CDU/CSU schon immer als Anhänger einer Selbstbeteiligung der Versicherten auftraten. Dieses Heilsrezept baut in erster Linie auf der Überlegung, daß vor allem der wirtschaftlich schwache Patient sich den Gang zum Arzt reiflich überlegen wird, wenn er über seinen Kassenbeitrag hinaus noch eine finanzielle Eigenleistung aufbringen muß.

Nun mag es dem rheinland-pfälzischen Sozialminister derzeit nicht opportun erscheinen, öffentlich einer Selbstbeteiligung der Versicherten das Wort zu reden und sich damit der Kritik auszusetzen. Sein Vorschlag, bestimmte Krankheiten vom allgemeinen Versicherungsschutz auszunehmen, zielt

Jedoch genau in die gleiche Richtung und ist vom gleichen Geist getragen. Es ist der Versuch, einen Keil in die Solidargemeinschaft der Versicherten zu treiben und den Katalog der Kassenleistungen aufzusplintern. Er richtet sich gegen die Masse der Versicherten und bedeutet nichts anderes als sozialen Rückschritt. Dr. Geißler hat hier ein trojanisches Pferd aufgezäumt. Wir Sozialdemokraten werden dafür zu sorgen haben, daß es im Mainzer Stall stehen bleibt und kein Unheil in unserer sozialpolitischen Landschaft anrichtet.

Gegen den Gedanken einer Quasi-Bestrafung der Alkohol- und Nikotinsünder sprechen im Übrigen nicht nur grundsätzlich politische, sondern auch handfeste praktische Erwägungen. Zwar besteht kein Zweifel daran, daß die sogenannten Wohlstandskrankheiten auch ganz maßgeblich zu den steigenden Gesundheitskosten beigetragen haben. Aber niemand, kein Arzt und kein Politiker, wäre je in der Lage, hier einen sinnvollen Trennungstrich zu ziehen. Wer will denn allen Ernstes und guten Gewissens entscheiden, ob eine Krankheit wirklich ausschließlich auf überhöhten Nikotin- oder Alkoholgenuß zurückzuführen ist und nicht vielleicht ihre Ursachen in der gesundheitlichen Konstitution des Patienten oder in anderen schädlichen Umwelteinflüssen hat? Und wer garantiert im Übrigen, daß nach den alkohol- und nikotinverursachten Leiden nicht die Übergewichtigen und andere Patientengruppen ebenfalls aus dem allgemeinen Versicherungsschutz ausgeklammert werden sollen?

Ich halte diese Vorschläge für nicht seriös. Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen darf nicht zum Alibi für den Abbau sozialer Leistungen werden, die vor allem Sozialdemokraten in den letzten Jahren zugunsten der Versicherten durchgesetzt haben. Wir sind in Bund und Ländern dabei, den Ursachen der Kostensteigerung auf den Grund zu gehen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das sind wir den Versicherten schuldig, damit die Kassenbeiträge nicht noch weiter steigen. Aber wir werden allen Bestrebungen entschieden entgegentreten, die auf eine Demontage unseres sozialen Gefüges abzielen.

(-/22.5.1975/ka/pr)

+ + +

20 Jahre WEU-Versammlung

Jubiläumssitzung in Bonn mit wichtiger Tagesordnung

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats und stellvertretender Sprecher der deutschen Delegation in der WEU-Versammlung

Die Versammlung der Westeuropäischen Union feiert in diesem Jahr ihr 20jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß tritt sie vom 26. bis 29. Mai in Bonn zusammen. Auf der Tagesordnung ihrer Jubiläumssitzung stehen wieder eine Reihe wichtiger Berichte mit entsprechenden Empfehlungsentwürfen. Zu den wichtigsten Themen gehören diesmal:

1/ Der Stand der europäischen Sicherheit: Hier handelt es sich um den allgemeinen Bericht zum zwanzigsten Jahrestag der Versammlung, der von den Abgeordneten Critchley, Dankert, Roper, Jung, Wall und Lemmrich im Namen des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen vorgelegt wurde.

2/ Die Ost-West-Beziehungen: Dazu hat der Bundestagsabgeordnete Sieglerschmidt im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten einen Bericht und einen Empfehlungsentwurf vorgelegt.

3/ Das Problem der Weiterverbreitung von nuklearen Waffen: Bericht und Empfehlungsentwurf dazu wurden von dem Parlamentarier Delorme im Namen des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen vorgelegt.

4/ Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten: Dazu hat der Abgeordnete de Koster im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten einen Bericht und einen Empfehlungsentwurf vorgelegt.

5/ Die europäische Luftfahrtindustrie und die Zivilluftfahrt: Bericht und Empfehlungsentwurf wurden von dem Abgeordneten Werren im Namen des Ausschusses für Wissenschaft, Technik, Luft- und Raumfahrt vorgelegt.

Die WEU-Versammlung wird darüber hinaus über eine Reihe weiterer Berichte und Empfehlungen abzustimmen haben, die auf der letzten Sitzung im Dezember in Paris nicht mehr abschließend behandelt werden konnten, darunter Berichte und Empfehlungsentwürfe über die Energiekrise und die europäische Sicherheit; das Dienstverhältnis in den Streitkräften; den Stand

der europäischen Atomenergieprogramme; die Europäische Union und die WEU.

Die Arbeit der WEU-Versammlung ist qualitativ noch einzuschätzen. Sie ist die einzige parlamentarische Versammlung, die sich auf europäischer Ebene mit Verteidigungsfragen und deren angrenzende Gebiete beschäftigt. Das Europäische Parlament auf der Ebene der Neun oder die parlamentarische Versammlung des Europarats befassen sich nicht mit diesen Fragen. Nur die Nordatlantische Versammlung auf der Ebene der Mitgliedstaaten des größeren Atlantischen Bündnisses erörtert zwangsläufig auch Fragen, die die WEU aufgreift. Dies ist aber durchaus eine unachsenwerte Parallelität internationaler parlamentarischer Aktivität. Auf der Ebene der Ausschüsse der Nordatlantischen Versammlung und der Versammlung der WEU gibt es sogar eine enge Zusammenarbeit. Der Militärausschuß der Nordatlantischen Versammlung und der Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen der WEU-Versammlung halten regelmäßig gemeinsame Sitzungen ab.

In stärkerem Maße als dies bei allen anderen internationalen parlamentarischen Gremien der Fall ist, lebt die WEU-Versammlung von dem Dialog zwischen Ministerrat und den Mitgliedern der Versammlung. In dem durch die Pariser Verträge von 1954 modifizierten Brüsseler Vertrag, der die rechtliche Grundlage der Westeuropäischen Union darstellt, war von vornherein eine relativ starke parlamentarische Kontrolltätigkeit gegenüber dem Ministerrat festgelegt worden. Art. 9 verpflichtet den Rat der WEU, der Versammlung jährlich Bericht über seine Aktivitäten zu erstatten. Daraus hat sich in der Folgezeit so etwas wie ein Dialog zwischen Exekutive und Legislative ergeben. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß dieser Dialog nicht immer reibungslos verlaufen ist. Häufige Klage auf der parlamentarischen Seite waren die langen Fristen, die der Ministerrat brauchte, um auf parlamentarische Initiativen zu antworten.

Erfreulicherweise hat sich hier in jüngster Zeit eine Wandlung vollzogen, die auch in der Bonner Jubiläumssitzung voll zum Tragen kommen dürfte. Es war nicht zuletzt Bundesverteidigungsminister Georg Leber, der mit seiner Rede vor der Versammlung der Westeuropäischen Union 1973 einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet hat, die Aktualität der Versammlung zu erhöhen. Georg Leber wird auch während der Jubiläumssitzung in Bonn erneut das Wort vor der Versammlung ergreifen. Daneben werden zahlreiche andere Ministerkollegen aus den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union vor der Versammlung sprechen, unter anderem der belgische Verteidigungsminister Van den Boeynants, Staatssekretär Destremau aus Frankreich, Minister Krieps aus Luxemburg, der britische Transportminister Mulley sowie Staatssekretär Kooymans aus den Niederlanden.

(-/22.5.1975/ks/pr)

+ + +

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Atempause in Südostasien

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die mit großen Hoffnungen erwartete ASEAN-Konferenz vom 12. bis 15. Mai in Kuala-Lumpur, an der die Außenminister Malaysias, Singapurs, Thailands, Indonesiens und der Philippinen teilnahmen, hat noch nicht den erhofften Durchbruch für eine vertiefte Zusammenarbeit im südostasiatischen Raum gebracht.

Die Minister billigten allerdings ein Freundschaftsabkommen zur friedlichen Lösung regionaler Streitfälle und kündigten dessen Ratifizierung durch ihre Regierungen auf einer Gipfelkonferenz an, die für den Lauf dieses Jahres geplant ist. Außerdem sprechen sie sich grundsätzlich für die Annahme eines Entwurfs zur Bildung einer Friedenszone aus, in der neben den ASEAN-Staaten die vier indochinesischen Länder und Burma einbezogen sein sollen. Vielleicht ist es auch gut, daß eine gewisse Atempause vor weiteren Überlegungen bleibt, denn noch immer läßt sich nicht übersehen, wie sich die Verhältnisse in Vietnam, Kambodscha und Laos entwickeln und ob Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Staaten und den Staaten Indochinas bestehen werden. Kernfrage für die weitere Entwicklung dieses Raums ist, ob eine weitere Frontstellung bleibt oder ob es gelingt, zu einer guten regionalen Zusammenarbeit zu kommen.

Für die Bundesrepublik bleibt die wichtige Frage, wie es gelingt, den Ausgleich zwischen der sinkenden offiziellen deutschen Entwicklungshilfe an Asien durch verstärkte Privatinvestitionen in diesem Bereich herzustellen. An der Notwendigkeit, für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raums beizutragen, besteht ebensowenig ein Zweifel, wie an der Möglichkeit dazu. Es bleibt allerdings immer wieder die Frage, ob nicht die Beurteilung des südostasiatischen Raums, die nach der Auffassung von kompetenten Kennern vielfach zu pessimistisch ausfällt, die Investitionsbereitschaft auch der mittelständischen Industrie hindert oder lähmt. Wenn ich auch meine, daß es für eine endgültige Bewertung noch zu früh ist, sollte doch gesehen werden, daß Investitionen durchaus Chancen für eine langfristige Entwicklung bieten.

In der mittelständischen Industrie zeigt sich eine spürbar gestiegene Bereitschaft zu Investitionen im Ausland. Produktionsstätten in Ländern dieses Raumes werden ebenso als unumgänglich angesehen wie die Notwendigkeit, den Entwicklungsländern durch Produktion und Verkauf auch am Ort bei der Entlastung ihrer Zahlungsbilanzen zu helfen. Wenn die ASEAN-Staaten durch politische Entscheidungen bei ihrer nächsten Konferenz weitere Signale geben könnten, wäre das sehr zu begrüßen, und wir könnten dazu beitragen, daß diese Signale in der Wirtschaft der Bundesrepublik aufgenommen werden.

(-/22.5.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler